EDITIONS LE DOUBS

Service Public

Editions le Doubs
Service Public 9

Andreas Gross - Fredi Krebs
Dani Schönmann - Martin Stohler

Über den Herbst hinaus

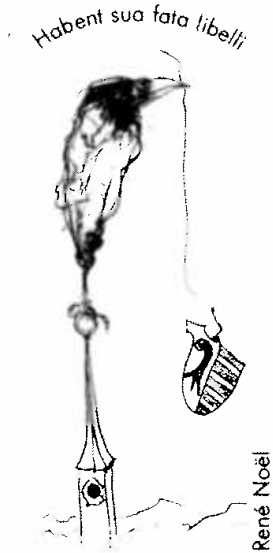
Innenpolitische Alternativen
mit europäischen Perspektiven

September 2011
Konzept, Gestaltung, Produktion: Fredi Krebs
Titelillustration: Andreas Gross
Schnellkorrektorat: Isegrim Myops

Druck: Albdruck, 5000 Aarau
Vorstufe: Häberli Repro, 5001 Aarau

Editions le Doubs, CP 65
CH-2882 St-Ursanne

ISBN 978-2-940455-02-7



«Ich verwahre mich gegen die gefährliche
Meinung, dass Demokratie etwas sei,
was sich nicht verwandeln kann,
und gegen die andere Meinung,
man bleibe frei wie die Väter,
indem man nicht über die Väter
hinauszugehen wagt.»

Max Frisch (1911-1991)
Stiller

und lebensweltlich aber andere Modelle entgegen. Demnach ist Sicherheit kein knappes Gut, sondern kann vermehrt werden - so wie auch Bildung, Gesundheit und Solidarität nicht weniger werden, wenn viele daran teilhaben, sondern im Gegenteil anwachsen. Die politische Fantasie der Zukunft sollte also darin liegen, über die Formen geteilter und vermehrbarer Sicherheit nachzudenken. Dazu gehört, die Grund- und Menschenrechte aller Menschen bedingungslos anzuerkennen und Rechtssicherheit zu schaffen; es gehört dazu, die politischen Partizipationsmöglichkeiten aller unter der Herrschaft von Gesetzen Stehenden zu garantieren und damit das Vertrauen in die Fairness der Gesellschaft zu erhöhen. Und es gehört dazu schliesslich, den kommunikativen und ökonomischen Austausch aller Menschen in einer Gesellschaft so zu fördern, dass sich die Nutzen und Risiken des Zusammenlebens feinmaschig auf möglichst viele Individuen und Gruppen verteilen. Die Politik der SVP, die auf dem Prinzip des Rechts des Stärkeren beruht und aktiv an der Spaltung der Bevölkerung arbeitet, erscheint vor diesem Hintergrund ein sicherer Weg, um Unsicherheit zu erzeugen.

1 Wie weit die Erklärungen der Menschenrechte von 1789 und 1948 ihrerseits historisch und systematisch an das Prinzip des Nationalstaats gebunden sind, ist eine andere Diskussion. Die Menschenrechte transzendieren diesen Kontext aber tendenziell durch ihre Gleichheitsforderung, auf die ich mich hier beziehe.

Der Buure-Zmorge als die Tea Party der Schweiz?

Von Yves Winter

Zwar präsentiert und inszeniert sich die SVP gerne als schweizerisches Unikat - und dies nicht nur mittels Bauernfrühstück und Alphornklängen -, aber in Anbetracht der politischen Entwicklungen in Europa und in den USA der letzten 30 Jahre muss sie auch als Ausdruck eines internationalen Trends verstanden werden. Die Mischung von neoliberaler Wirtschafts- und isolationistischer Aussenpolitik mit nationalkonservativer Sozial- und Einwanderungspolitik ist keine schweizerische Einmaligkeit, sondern Teil einer internationalen Strömung, die sich seit den 1980er-Jahren in unterschiedlicher Weise vielerorts niederschlägt.

Dies lässt sich nicht nur an den Wahlerfolgen der etablierten nationalistischen Parteien in Europa belegen, sondern auch am Beispiel der US-amerikanischen Tea Party. Die konservative Protestbewegung, die sich ursprünglich als Reaktion auf die Bankenrettungen und Konjunkturspritzen von 2009 formierte, ist in den letzten beiden Jahren zu einer Dachkampagne von rechtskonservativen und libertären Kräften avanciert. Wie die prominente Abgeordnete und Vorsitzende des Tea-Party-Kongressausschusses Mi-

chelle Bachmann kundgab, geht es der Tea Party nicht zuletzt darum zu eruieren, wer unter den Abgeordneten *pro-America or anti-America* sei. Wenn also alt Bundesrat Blocher anlässlich der SVP-Delegiertenversammlung vom 26. März 2011 in Lugano fragt: «Wie hältst du es mit der Schweiz? Bist du für oder gegen die Schweiz?», dann bedient er sich eines gleichartigen Vokabulars.

Widersprüchliche Forderungen

Dass sich die Kombination von markigen Parolen und vermeintlich populistischen Inhalten in der gegenwärtigen politischen Landschaft gut verkauft, sollte eigentlich nicht erstaunen. Der Triumph der Rechtsparteien rührt nämlich nicht nur daher, dass sich einfach gestrickte Erklärungsmuster besser zu politischen Universalrezepten eignen als solche, in denen sich die gesellschaftliche Komplexität widerspiegelt. Wie vor allem die bürgerliche Presse, scheel auf die Wahlerfolge der Protestparteien blickend, immer wieder betont, trifft die populistische Rechtspolitik einen Nerv.

Aber welchen? Bemerkenswert, zumindest was die amerikanische Tea Party anbelangt, ist, dass sich an ihren politischen Inhalten auf den ersten Blick kein kohärentes Programm ablesen lässt, zu widersprüchlich sind die Forderungen. Die Tea Party bündelt Kräfte des Grosskapitals, die sich vor allem für einen Abbau der Staatsquote und für eine geringere Besteuerung der

Reichen einsetzen, mit sozialkonservativen und religiösen Kräften, die sich durch ihre Homophobie und Abtreibungsgegnerschaft auszeichnen, deren Wissenschaftsfeindlichkeit sich aber oft auch in der Ablehnung der Evolutionslehre widerspiegelt.

Der gemeinsame Nenner dieser heterogenen politischen Forderungen besteht in der Missbilligung von Präsident Obama, im Widerstand gegen dessen Gesundheitsreform, im Bekenntnis zum *American Exceptionalism* und in der Forderung eines Schuldenabbaus.

Dabei scheint es die Anhänger der Tea Party nicht zu kümmern, dass die verlangte staatliche Regulierung von Sexualität, heteronormativen Familenformen, Schwangerschaftsabbrüchen und Biologielehrplänen dem neoliberalen Prinzip des Staatsrückzugs grundsätzlich zuwiderläuft. Oder dass der rasante Anstieg der US-Staatsschulden wenig mit Obama zu tun hat, sondern im grossen Masse auf die Kopplung (unter der Bush-Administration) der explosionsartigen Erhöhung des Pentagon-Budgets mit Steuersenkungen für Vermögende zurückgeht. Die Inkohärenz der Forderungen und die Manipulation von Fakten lässt darauf schliessen - und dies ist auch der entscheidende Berührungspunkt mit der SVP -, dass nicht die politischen Inhalte ausschlaggebend für den Erfolg der Tea Party sind, sondern ihre Form.

Die Tea Party wird oft als grassroot movement beschrieben, womit gemeint ist, dass sie erstens eine Bewegung ist, also keine durch

Organisationen und Strukturen verkrustete Institution, und zweitens, dass sie von der Basis, also eben von den Graswurzeln, anstatt von den politischen und wirtschaftlichen Eliten ausgeht. Der meteorhafte Aufstieg der Tea Party muss zumindest teilweise unter diesem grassroot-Effekt verbucht werden, weshalb sich einige ihrer führenden Politiker, wie beispielsweise der texanische Kongressabgeordnete Ron Paul, auch weigerten, dem von Michelle Bachmann gegründeten Kongressausschuss der Tea Party beizutreten, um die anti-institutionelle Bewegungsform der Tea Party nicht zu gefährden.

Diskrete Finanzierung

Wie Kritiker aber zu Recht bemerken, stammen jedoch die politischen Impulse der Tea Party (ähnlich wie bei der SVP), ungeachtet aller Beteuerungen, in der Regel nur selten von der Basis. Im Gegenteil, die Graswurzeleffekte werden von langer Hand sorgfältig eingefädelt, von schwerbetuchten Geldgebern wie David und Charles Koch diskret finanziert, medienwirksam aufbereitet und von konservativen Sprachrohren wie Sarah Palin und Glenn Beck via Radio und Fernsehen gezielt vermarktet. Dies hat der vorgeblichen Graswurzelbewegung mittlerweile auch den Spottnamen astroturf eingetragen, das Markenzeichen einer künstlichen Rasenoberfläche. Wie der synthetische Rasen, täuscht eben auch die Tea Party ihre Bodenhaftung nur vor.

Der überraschende Durchbruch der Tea Party

deutet nicht zuletzt auf ein gesellschaftliches Bedürfnis nach politischen Alternativen hin, ein Bedürfnis, welches nicht nur in den USA vorherrscht, sondern welches auch für die politischen Erfolge europäischer Rechtsparteien (inklusive der SVP) verantwortlich ist. Dass sich die Protestparteien als vermeintliche Volksbewegungen organisieren, lässt darauf schliessen, dass die politische Form der Bewegung, allen liberalen Unkenrufen zum Trotz, noch nicht erledigt ist, sondern im Gegenteil einem Verlangen seitens der Wählerschaft entspricht nach einer breit gestützten und zugkräftigen Politik. Im Übrigen müssen sich weder die SVP noch die Tea Party dafür schämen, als *populistisch* oder als *Protestpartei* bezeichnet zu werden.

Im Gegensatz zu anderen haben sie nämlich die berechtigte Verdrossenheit von weiten Teilen der Bevölkerung mit den gegenwärtigen Zuständen nicht nur erkannt, sondern mobilisiert und angekurbelt. Sowohl die WählerInnen in den USA wie auch in der Schweiz haben in Anbetracht von sich öffnenden Lohnscheren, zunehmender sozialer Ungleichheit und verringerter Chancengleichheit guten Grund, sich über Steuergeschenke an das Finanzkapital zu empören.

Vorgetäuschte Solidarität

Zweifellos ironisch ist, dass diese Empörung, sobald sie sich als Zustimmung für die Rechtsparteien niederschlägt, die mit diesen Parteien verwobenen Finanzinteressen stützt und somit

eine Steuerpolitik konsolidiert, welche die Umverteilung von unten nach oben antreibt. Diese Redistribution von Ressourcen ist nicht nur politisches Programm der Rechtsparteien, sondern auch wahlstrategisches Triebwerk. Denn mit jeder weiteren Verdichtung von Kapital und Einkommen (und dementsprechend sinkender Verteilungsgerechtigkeit), wächst die Verdrossenheit der Bevölkerung und erhöhen sich die Wahlchancen von Protestparteien, paradoxerweise eben auch von solchen, welche aus dieser Dynamik Gewinn schlagen, anstatt sie zu bekämpfen.

Dennoch gilt es, sich zu vergegenwärtigen, dass, was die SVP und die Tea Party mit nostalgischen, nationalistischen, isolationistischen und xenophoben Parolen bedienen, letztendlich ein Verlangen nach gesellschaftlicher Solidarität ist. Dies veranschaulicht der als Emblem von Solidarität funktionierende Graswurzel-Effekt, den die SVP und die Tea Party so erfolgreich fingieren und ausnutzen. Dass die dadurch produzierte Solidarität (wie auch die Graswurzeln) nur vorgetäuscht wird, wohl nicht zuletzt, um politischen Sukkurs zu gewinnen für die Umverteilungspolitik, weist auch auf Möglichkeiten hin für politische Bewegungen von links, die genuine Alternativen zu den gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen entwickeln.

Opposition, Volkswille: Die SVP und die Politik der Begriffe

Von Jean-Daniel Delley

Die SVP münzt im Dienste ihrer Konfrontationsstrategie, die ein in der politischen Kultur unseres Landes bisher nicht gekanntes Ausmass angenommen hat und nicht mit ihr vereinbar ist, Begriffe des politischen Wörterbuchs um.

Man muss den Drohungen und Prahlereien der SVP nicht allzu grosses Gewicht beimessen. Die Wut und die Frustration dieser Partei nach der Abwahl ihres Chefs aus dem Bundesrat erklären die Heftigkeit ihrer Verlautbarungen. Die Schweizer Institutionen sind genügend robust und in der politischen Kultur verankert, um diesen Kriegserklärungen zu trotzen.

Dagegen dürfen wir die Bedeutung eines anderen, viel heimtückischeren Kampfs nicht unterschätzen: den Kampf, den die SVP systematisch mit Begriffen führt. Denn die Begriffe sind die Brillen, durch die wir die Wirklichkeit sehen. Indem die SVP den Begriffen einen anderen Sinn gibt, formt sie in zunehmendem Masse die politische Landschaft zu ihrem Vorteil um.